"Ganz schnell Schutz und Hilfe"

SZ 04.10.14

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) regt an, für Flüchtlinge aus extrem unsicheren Herkunftsländern ein Sonder-Anerkennungsverfahren zu schaffen

INTERVIEW: HERIBERT PRANTL

SZ: Herr Pistorius, Bundesinnenminister Thomas de Maizière fordert, dass eine Sondersitzung der Innenminister von Bund und Ländern zum Thema Dschihadisten einberufen wird.

Pistorius: Wir brauchen nicht noch eine Sitzung, auf der über Dschihadisten gesprochen wird. Wie wir die Grenzen für sie dichtmachen – darüber können wir uns schnell einigen. Wir brauchen aber Sitzungen dazu, wie wir Flüchtlinge aufnehmen und schützen. Das sind die drängendsten und fundamentalen Grundfragen. Wir müssen lernen, dass Flüchtlingspolitik eine nationale Aufgabe ist – und nicht eine, bei der die Hauptlasten die Länder und die Kommunen tragen. Flüchtlingspolitik ist keine Aufgabe, die wir ausschließlich föderal regeln können. Darüber müssen wir reden; und darüber, was daraus folgt.

Was denn?

Der Bund muss bestimmte Kosten übernehmen – zum Beispiel für die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge.

Es geht also nicht um Grundsatzfragen, sondern ums Geld?

Es geht darum, dass wir diese wichtigen Aufgaben gemeinsam anpacken. Wir haben schon zu lange versucht, die Probleme zu verdrängen. Die Politik der Absperrung und Abschottung ist gescheitert – das sieht doch jeder, das weiß jeder. Wir können unseren Kontinent nicht abriegeln. Die Flüchtlingszahlen werden nicht so

schnell wieder sinken.

Das gibt auch der Bundesinnenminister zu; sie werden steigen. Der Mittlere Osten wird, leider, so bald nicht zur Ruhe kommen. Dort "brennt die Luft". Darauf müssen wir reagieren - nicht mit Abwimmeln und Abwehren, sondern mit Schutz und Hilfe - wenigstens für einen Teil der Menschen. Es ist doch nicht damit getan, dass die Kommunen ein Bett für die Flüchtlinge irgendwo hinstellen. Flüchtlinge brauchen mehr. Sie brauchen auch soziale Betreuung; und sie brauchen Arbeit. Und die Flüchtlingskinder sollen eine Schule besu-chen können. Die Schulen müssen in die Lage versetzt werden, Kinder auch aus vielen verschiedenen Ländern kurzfristig unterrichten zu können.

Das soll der Bund zahlen?

Nein, da sind die Kommunen und die Länder näher dran. Der Bund soll ihnen finan-



Selfie mit Minister: Boris Pistorius bei einem Besuch bei Asylsuchenden in Braunschweig.

FOTO: STRATENSCHULTE/DPA

zielle Lasten abnehmen, sodass sie Luft für anderes haben. Es geht mir vor allem darum, dass wir eine so wichtige und große Aufgabe miteinander angehen. Und: Es reicht doch nicht, dass jetzt, nach den beschämenden Vorfällen in Burbach, gesagt wird, dass einheitliche Flüchtlingsaufnahme-Standards gebraucht werden. Das ist doch selbstverständlich. Man muss diese Standards auch tatsächlich schaffen können, nicht nur auf dem Papier.

De Maizière sagt, dass der Bund ja schon einiges tut: Erstens ist er für die Bearbeitung der Asylanträge zuständig, zweitens zahlt er die Integrationskurse.

Wenn er wenigstens bei diesen Aufgaben volles Programm fahren würde! Bei den Integrations- und Deutschkursen knausert der Bund, und für die Bearbeitung der Asylanträge hat er viel zu wenig Personal. Es soll einen Stau von 120 000 Asylanträgen geben, die nicht bearbeitet sind. Das Bundesamt für Migration ist so überlastet, dass Flüchtlinge in den Aufnahmeeinrichtungen der Länder zum Teil nicht einmal mehr sofort einen Asylantrag stellen können, bevor sie dann auf die Kommunen verteilt werden.

Vielleicht brauchen wir ja außer den Asylverfahren noch ganz andere Verfahren?

Ja, wir brauchen eine geordnete, gut gesteuerte Einwanderung. Mit Einwanderungsregelungen suchen wir uns dann diejenigen aus, die wir brauchen. Asyl dagegen ist für die Menschen da, die zunächst einmal uns brauchen. Neben der Einwanderung und neben dem normalen Asylverfahren brauchen wir dann noch ein sehr beschleunigtes Asylverfahren für Menschen aus den extrem unsicheren Herkunftsländern - für die Flüchtlinge aus Syrien oder dem Nordirak zum Beispiel. Wer dafür plädiert, dass es sichere Herkunftsländer gibt - ich habe das mit gutem Grund getan und dass Flüchtlinge von dort grundsätzlich als nicht verfolgt gelten sollen, der muss auch dafür eintreten, dass Flüchtlinge aus extrem unsicheren Herkunftsländern grundsätzlich und ganz schnell Schutz und Hilfe erhalten. Darum müssen wir uns kümmern, da braucht es große Anstrengungen. Und zwar gemeinsam.

Anstrengungen gegen die Dschihadisten braucht es nicht?

Doch, natürlich braucht es die. Man soll nur bitte nicht so tun, als sei es ein kompliziertes Problem, gewalttätige Islamisten aus Deutschland an der Ausreise zu hindern. Über entsprechende Konzepte wurde doch schon oft gesprochen. Das geht mit administrativen Maßnahmen – mit Sperrlisten, die an den Außengrenzen ausliegen, Markierungen auf den Chips der Personalausweise, mit Änderungen einiger Gesetze.

Markierungen auf Chips im Personalausweis? Das scheint schwer praktikabel zu sein – und ist auch historisch problematisch!

Wir wollen ja nicht Menschen markieren, sondern ihre Papiere. Über eine solche Maßnahme oder über andere effektive Mittel wie Sperrlisten können wir Innenminister uns in Arbeitssitzungen auch am Telefon schnell verständigen. Es ist doch so: Wir haben hier kein Erkenntnis-, sondern einen Umsetzungsdefizit. Sondersitzungen: Ich habe einfach etwas gegen diese Art von Aktionismus bei – unbestritten sehr wichtigen, aber einfacher zu lösenden – Fragen. Ich wünsche mir die gemeinsame Anstrengung der Minister bei der Aufnahme und beim wirksamen Schutz von Flüchtlingen.